

Die Assessorklausur im Strafprozess

Heidrich / Neher

14. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81242-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Heidrich/Neher
Die Assessor Klausur im Strafprozess


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Assessorklausur im Strafprozess

Andreas Heidrich

Vorsitzender Richter am Landgericht

Ivo Neher

Oberstaatsanwalt

14. Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 81242 2

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem
Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Seit April 2021 hat es erneut viele Gesetzesänderungen und richtungweisende Entscheidungen gegeben, die eine Überarbeitung erforderlich machten:

Das „Gesetz zur Fortentwicklung der StPO“ vom 25.6.2021 hat eine ganze Reihe von Neuerungen gebracht, so neben vielem anderem, dass der Beschuldigte nach neuem Recht bei jeder Vernehmung erneut gemäß § 136 I StPO zu belehren ist oder dass nunmehr § 145a StPO nicht mehr verlangt, dass sich die Verteidigervollmacht bei den Akten befindet, es reicht, wenn sie nachgewiesen ist.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Verkehrsstatistikgesetzes und des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes sowie des Gesetzes zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (VerkStatGuaÄndG, BGBl. 2023 I Nr. 218) vom 16.8.2023 wurden vor allem die Ersatzfreiheitsstrafe und die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt im StGB neu geregelt. Die Entsprechungen für die StPO enthält das Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (SanktRÜAG, BGBl. 2023 I Nr. 203) vom 26.7.2023.

Nachdem das BVerfG mit Beschluss vom 27.5.2020 erneut Regelungen zur Bestandsdatenauskunft mit Art. 2 I iVm Art. 1 I und Art. 10 I des Grundgesetzes für unvereinbar erklärt hatte (BVerfG NJW 2020, 2699 – Bestandsdatenauskunft II), haben §§ 100g und j StPO erneut mehrere Änderungen erfahren. Zudem wurde für die Erhebung von Nutzungsdaten bei Telemediendiensten durch das „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität sowie das Gesetz zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft pp. vom 30.3.2021“ mit § 100k StPO eine gesonderte Regelung geschaffen. § 100j I 1 Nr. 2 StPO enthält jetzt eine Befugnisnorm zur Erhebung von Bestandsdaten bei Telemediendiensten.

Das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis (KCanG) und zur Änderung weiterer Vorschriften sieht ab 1.4.2024 wegen künftig straffreier Taten einen rückwirkenden Straferlass bzw. eine Neufestsetzung oder Ermäßigung von Strafen vor.

Viele weitere Neuerungen wären noch erwähnenswert, sind aber nicht unmittelbar klausurrelevant.

Der BGH hat die Verwertbarkeit von sog. „EncroChat-Daten“ bejaht und sich dabei inhaltlich und tragend mit grundsätzlichen Fragen eines Beweisverwertungsverbotes auseinandergesetzt (BGH NStZ 2022, 435).

Der 2. Strafsenat des BGH (NStZ 2023, 560) hat sich ausführlich mit der Zulässigkeit des Einsatzes von Vertrauenspersonen zur Befragung von Beschuldigten und den Voraussetzungen für die Verwertbarkeit von Angaben von Vertrauenspersonen gegenüber Vernehmungsbeamten, wenn die Vertrauenspersonen in der Hauptverhandlung nicht gehört werden können, befasst.

Schließlich hat der BGH in mehreren aktuellen Entscheidungen die Darlegungsanforderungen an Durchsuchungsbeschlüsse gegen nichtverdächtige Personen nach § 103 Abs. 1 StPO definiert (BGH NStZ-RR 2023, 182; 2024, 26) und betont, dass nicht-

verdächtigen Betroffenen vor der Vollstreckung der Zwangsmaßnahme in der Regel Gelegenheit zur freiwilligen Herausgabe des sicherzustellenden Gegenstandes zu geben ist (BGH NStZ 2022, 306).

Der Bearbeitungsstand der Neuauflage berücksichtigt Gesetzgebung und Rechtsprechung bis Juli 2024.

Stuttgart, im Juli 2024

Die Autoren


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Übergreifende Verfahrensfragen	1
A. Grundbegriffe	1
I. Ermittlungsverfahren	1
II. Verdacht	2
1. Anfangsverdacht	2
2. Hinreichender Tatverdacht	2
3. Dringender Tatverdacht	2
4. Überzeugung	3
III. Beschuldigter/Verdächtiger/Zeuge	3
1. Beschuldigter	3
2. Verdächtiger	3
3. Zeuge	4
IV. Verteidiger	4
1. Eigenschaft	4
2. Wahlverteidiger	5
3. Pflichtverteidiger	5
4. Notwendige Verteidigung	5
5. Bestellungsverfahren	6
6. Ausschluss des Verteidigers	7
V. Ermittlungsrichter	7
1. Erfordernis	7
2. Zuständigkeit	8
3. Beweissicherung	9
4. Exkurs: Das richterliche Vernehmungsprotokoll	10
VI. Akteneinsicht	10
1. Akteneinsicht durch Verteidiger/Beschuldigte	11
2. Akteneinsicht durch Dritte	13
B. Sachentscheidungsvoraussetzungen	15
I. Anklagegrundsatz	15
II. Verfolgungsverjährung	16
1. Verjährungsfristen	16
2. Verjährungsbeginn, § 78a StGB	17
3. Fristberechnung	17
4. Ruhen der Verjährung, § 78b StGB	17
5. Verjährungsunterbrechung, § 78c StGB	18
6. Prüfungsfolge	19
III. Rechtskraft	20
C. Beweisgewinnung und -verwertung	22
I. Beweiserhebungsverbote/Beweisverwertungsverbote	22
II. Fehler bei der Beweiserhebung und Folgen im Verlauf des Verfahrens	24

2. Teil. Ermittlungsverfahren	27
A. Klausuraufgaben mit Prüfungsfolge	27
B. Verfahrensfragen aus dem Ermittlungsverfahren	29
I. Beweisgewinnung im Ermittlungsverfahren	29
1. Pflicht zum Erscheinen und zur Aussage	30
2. Anwesenheitsrechte bei den Vernehmungen	31
3. Beschuldigtenvernehmung	35
4. Zeugenvernehmung	45
5. Sachverständiger	52
6. Prüfungsfolge beim Personalbeweis	53
7. Urkundenbeweis	54
II. Zwangsmittel	55
1. Körperliche Untersuchung; Blutprobe (§ 81a StPO)	56
2. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis gemäß § 111a StPO	61
3. Durchsuchung	63
4. Beschlagnahme	68
5. Überwachung der Telekommunikation gemäß § 100a StPO	76
6. Maßnahmen ohne Wissen des Betroffenen (§§ 100b, c, 100f und h StPO)	79
7. Einsatz Verdeckter Ermittler (§§ 110a–110e StPO)	83
8. Sonstige Ermittlungsmaßnahmen	85
9. Erhebung von Verkehrs-, Bestands- und Nutzungsdaten gemäß §§ 100g, j und k StPO	91
C. Öffentliche Klage	95
I. Anklageschrift	95
1. Allgemeines	95
2. Eingang	97
3. Anklagesatz	97
4. Beweismittelverzeichnis (8)	99
5. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen (9)	99
6. Anträge (10)	100
7. Besonderheiten bei Serienstraftaten	100
II. Surrogate der Anklageschrift	102
1. Nachtragsanklage	102
2. Antrag im beschleunigten Verfahren	102
3. Strafbefehlsantrag	103
III. Einstellungsverfügungen	103
1. Einstellung trotz Tatverdachts	103
2. Einstellung mangels Tatverdachts	104
3. Besonderheiten bei Privatklagedelikten	105
4. Teileinstellungsverfügungen	105
IV. Begleitverfügung	107
V. Muster von Abschlussverfügungen	108
1. Anklage in der Fassung wie zB in Niedersachsen üblich	108

2. Anklage in der Fassung wie zB in Bayern und Baden-Württemberg üblich	110
3. Einstellungsverfügung	111
D. Haftsachen	113
I. Klausurbedeutung und Aufgabenvarianten	113
1. Prüfung, ob ein Haftbefehl zu erlassen und ggf. zu vollziehen ist	113
2. Prüfung, ob gegen einen Haftbefehl erfolgreich vorgegangen wer- den kann	114
II. Der Haftbefehl	114
1. Allgemeines	114
2. Voraussetzungen der Untersuchungshaft	115
3. Inhalt des Haftbefehls	118
4. Beispiel für einen Haftbefehl	118
5. Vollzug des Haftbefehls	119
6. Außervollzugsetzung und Aufhebung	119
7. Vorläufige Festnahme	121
8. Hauptverhandlungshaft (§ 127b StPO)	121
9. Haftprüfung	122
3. Teil. Gerichtliches Verfahren bis zum Urteil	125
A. Das Zwischenverfahren	125
I. Bedeutung für das Examen	125
II. Wesen und Ablauf des Zwischenverfahrens	125
III. Prüfungsfolge	126
IV. Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens	127
1. Überlegungen für die Entscheidung	127
2. Inhalt der Entscheidung	128
3. Fehler oder Fehlen des Eröffnungsbeschlusses	130
4. Anfechtbarkeit des (Nicht-)Eröffnungsbeschlusses	131
5. Beispiel für einen Eröffnungsbeschluss	131
B. Das Hauptverfahren	133
I. Allgemeines	133
1. Vorbereitung der Hauptverhandlung	133
2. Gang der Hauptverhandlung	135
3. Öffentlichkeit	140
4. Anwesenheit	141
5. Befangenheit	143
6. Leitung der Verhandlung	146
7. Verständigung im Strafverfahren	147
8. Hauptverhandlungsprotokoll	160
II. Angaben des Angeklagten	161
III. Zeugenbeweis	161
1. Verfahrensbeteiligte als Zeugen	161
2. Belehrung der Zeugen	162

3. Zeugnisverweigerungsrecht	162
4. Zeugenaussage	162
5. Vereidigung	162
6. Zeugenschutz in der Hauptverhandlung	163
IV. Sachverständigenbeweis	166
1. Aufgabe	166
2. Vereidigung	167
V. Urkundenbeweis	167
1. Allgemeines	167
2. Urkundenbeweis und Zeugenwissen	168
VI. Augenschein	173
VII. Form und Umfang der Beweiserhebung/Beweisaufnahme	174
1. Unterscheidung Freibeweis/Strengbeweis	174
2. Aufklärungspflicht	175
3. Beweisanträge	175
VIII. Gegenstand des Urteils	187
1. Tatbegriff	187
2. Hinweispflicht bei Umgestaltung der Strafklage (§ 265 StPO)	190
3. Nachtragsanklage gemäß § 266 StPO	192
IX. Besondere Verfahrensarten	193
1. Strafbefehlsverfahren	193
2. Nebenklage	195
4. Teil. Das Urteil erster Instanz	197
A. Bedeutung für das Examen	197
B. Übersicht	198
I. Arten der Verfahrensbeendigung	198
II. Arten von Urteilen	198
1. Einstellungsurteil	198
2. Sachurteil	198
III. Prüfungsfolge	198
C. Einzelheiten	200
I. Rubrum	200
II. Urteilsformel (der Tenor)	201
1. Formelle Erfordernisse	201
2. Erschöpfende Erledigung des Eröffnungsbeschlusses	202
3. Rechtsfolgenausspruch	204
4. Nebenentscheidungen	205
III. Liste der angewandten Vorschriften (§ 260 V StPO)	205
IV. Urteilsgründe	206
1. Allgemeines	206
2. Verfahrensablauf	207
3. Persönliche Verhältnisse	207

4. Sachverhaltsschilderung (tatsächliche Feststellungen)	209
5. Beweiswürdigung	212
6. Rechtliche Würdigung	220
7. Strafzumessung	222
8. Aufbau Besonderheiten der gemischten Entscheidung	233
V. Nebenentscheidungen im Urteil	233
1. Kostenentscheidung im Urteil	233
2. Entscheidungen nach dem StrEG	235
VI. Urteilsbegleitende Beschlüsse	237
1. Untersuchungshaft und einstweilige Unterbringung (§ 268b StPO)	237
2. Bewährungsbeschluss u.a. (§ 268a StPO)	237
3. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	238
VII. Unterschriften	238
5. Teil. Rechtsmittel	240
A. Bedeutung für das Examen	240
B. Übergreifende Verfahrensfragen	241
I. Bezeichnung des Rechtsmittels	241
II. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	241
1. Statthaftigkeit	242
2. Frist zur Einlegung	242
3. Berechtigung	243
4. Beschwer durch die angefochtene Entscheidung	243
5. Rücknahme und Verzicht	245
6. Form und Adressat der Einlegung	248
III. Beschränkung von Rechtsmitteln	249
1. Grundsätzliches	249
2. Erklärung der Beschränkung	250
3. Einzelfragen zur Beschränkbarkeit	250
4. Wirkungen der Rechtsmittelbeschränkung	252
5. Wirkung der Beschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch	253
6. Bindungswirkung bei rechtlich fehlerhaftem Schuldspruch	254
IV. Verschlechterungsverbot	255
1. Grundsatz	255
2. Kein Verschlechterungsverbot für den Schuldspruch	256
3. Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft „zu Ungunsten“	256
4. Einzelfälle von Nicht-Verstößen	256
5. Rechtsfolgenänderung „zum Nachteil“ des Angeklagten	257
C. Verfahrensfragen aus dem Beschwerdeverfahren	258
I. Examensbedeutung	258
II. Prüfungsfolge	258
III. Zulässigkeit der Beschwerde	258
1. Statthaftigkeit	258
2. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	260

IV. Begründetheit der Beschwerde	260
V. Besonderheiten der sofortigen Beschwerde	262
D. Verfahrensfragen aus dem Berufungsverfahren	263
I. Klausurbedeutung	263
II. Wesen der Berufung	263
III. Wahl zwischen Berufung und Revision	263
IV. Prüfungsfolge	264
1. Statthaftigkeit	264
2. Annahme	265
3. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	265
V. Besonderheiten des Berufungsverfahrens	265
1. Entscheidung nach § 319 II StPO	265
2. Besonderheiten der Verhandlung und Beweisaufnahme	266
3. Entscheidung bei Ausbleiben des Angeklagten	266
4. Überleitung ins erstinstanzliche Verfahren	271
5. Verbindung von Berufungs- mit erstinstanzlichen Sachen	272
6. Verbot der reformatio in peius	273
VI. Besonderheiten des Urteils	273
1. Mögliche Urteilsinhalte/Tenor	273
2. Gestaltung der Urteilsgründe	274
E. Verfahrensfragen aus dem Revisionsverfahren	276
I. Klausurbedeutung	276
II. Wesen der Revision	277
III. Prüfungsfolge	278
IV. Zulässigkeit der Revision	279
1. Statthaftigkeit	279
2. Frist zur Einlegung	280
3. Rechtsmittelbeschränkung des § 55 II JGG	280
4. Frist zur Begründung	280
5. Form	280
6. Revisionsantrag	282
7. Revisionsbegründung	282
8. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	291
V. Begründetheit der Revision	291
1. Verfahrensvoraussetzungen und -hindernisse	291
2. Verletzung des sachlichen Rechts	292
3. Verletzung des Verfahrensrechts	294
4. Beschwer durch den gerügten Fehler	306
5. Beruhensfrage	307
6. Nachweis der Verstöße	308
VI. Entscheidung des Revisionsgerichts	309
1. Entscheidungsarten und -inhalte	309
2. Gestaltung der Gründe	314

6. Teil. Allgemeine Hinweise zur Klausurbearbeitung 315

Stichwortverzeichnis 319

Hinsichtlich der verwendeten (allgemein üblichen) **Abkürzungen** wird auf das Abkürzungsverzeichnis in dem Kommentar „Meyer-Goßner/Schmitt: Strafprozessordnung“ (67. Aufl. 2024) verwiesen.

